

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main

Ausgabe März 2006



Interview mit Lothar Reininger - DIE LINKE.WASG, Frankfurt/Main

Außerparlamentarische Bewegung - für die Linken wichtig, wie die Luft zum Atmen!



Lothar Reininger
Spitzenkandidat
DIE LINKE.WASG

Lothar Reininger gewährte der "Frankfurter Stadtzeitung", der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Frankfurt, ein Interview zu den Wahlen am 26. März in Hessen. Den Inhalt geben wir hier in zusammengefasster Form wieder.

Warum er als Parteiloser für DIE LINKE.WASG für den Römer kandidiert. "Es gibt vor Allem zwei Gründe. Zum einen ist es kaum noch aushaltbar zu sehen, wie in unserem Land und auch hier in der Kommune die Umverteilung zu Gunsten des großen Kapitals voranschreitet. Speziell in Frankfurt kann man sehen, dass es einen immer größeren Bevölkerungsteil gibt, dessen Einkommenssituation sich

in den letzten zwanzig Jahren nur in eine Richtung entwickelt, nämlich nach unten. Auf der anderen Seite sieht man, wie die großen Konzerne, und viele von denen sind in Frankfurt angesiedelt, nicht mehr wissen, wie sie Ihre Gewinne verstecken sollen. Das ist die eine Seite... und die zweite Sache ist: Ich sehe erstmals eine große Chance, Teile der Linken nicht nur in dieser Stadt, sondern bundesweit zusammen zu führen – in einem Prozess, der durchaus gegenseitig befruchtend sein kann. Ich halte das für ein Experiment, das man unbedingt wagen muss und werde alles dafür tun, das es in Frankfurt gelingt, und natürlich auch darüber hinaus."

Reininger hob hervor, dass die PDS, auch wenn mit gerade zwei von 93 Stadtverordneten im Römer vertreten, in den vergangenen fünf Jahren Vieles geleistet hat. "... das Bürgerbegehren zum cross-border-leasing der Frankfurter U-Bahn. Das wäre ohne die Vorarbeit der Linkspartei, damals noch PDS, so nicht möglich gewesen. Selbstverständlich als eine Aktion von einem breiten Bürgerbündnis von attac über die GEW, über Stadtteilinitiativen, auch ziemliche Teile der SPD, die dort mitgemacht haben und natürlich auch eben auch der PDS. Es ist dort gelungen, zehntausende von Stimmen zu gewinnen, um letztlich diesen Vertrag zu verhindern. Das ist ein großer Erfolg gewesen..."

Reininger führte Schwerpunktthemen an, die ihn im Besonderen in

seinem politischem Engagement bewegen:

★ **Privatisierungen sind Diebstahl am öffentlichen Eigentum der Bürger!!**

Die Verkaufserlöse bringen nur kurzfristig eine Entlastung für den Haushalt. Langfristig gehen Einnahmen verloren. Die soziale Sicherung gerät immer mehr in den Hintergrund und wird der städtischen Lenkung und Kontrolle entzogen. "Plötzlich entdecken die Politiker aller Colour ... die Vorteile, wenn etwas in private Rechtsformen überführt wird. Und letztlich wird negiert, dass all' dies zu Lasten der



8. März
Internationaler
Frauentag **DKP**

Brot und Rosen
auch
2006

wünscht die
DKP Frankfurt
ihren Leserinnen



Rabe meint...

Kinderarmut hat mit Hartz IV Rekordniveau erreicht

Nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) hat die Einführung von Hartz IV die Zahl der von Armut betroffenen Kinder zum Jahresbeginn auf eine Rekordhöhe von 1,7 Millionen steigen lassen. Die Kinderarmut hat in der Bundesrepublik eine historisch neue Dimension erreicht. Nach Berechnungen des Verbandes leben über 1,5 Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau. Auf weitere 200.000 schätzt der DPWV die Dunkelziffer der Kinder, die zwar ein Anrecht auf eine Sozialleistung hätten, diese jedoch nicht in Anspruch nehmen. Insgesamt leben 14,2 Prozent der Kinder in Armut - also jedes 7. Kind in Deutschland. In Westdeutschland beträgt die Kinderarmutsquote 12,4 Prozent, in Ostdeutschland 23,7 Prozent. In etlichen Städten wird sogar die 30-Prozent-Marke deutlich überschritten.

Eklatante Beispiele aus Ost und West sind: Berlin (29,9 %), ..., Görlitz (35), Halle (34,6), Offenbach am Main (28,7), ...Kiel (29,6), Bremerhaven (38,4), Hamburg (20,4).

Ihr Rabe fand diese Zahlen in "UZ", 24.2.06, S. 4.

Ihr Rabe meint: Notwendig ist ein Lehrstellengesetz und eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die beste Hilfe für Kinder ist ein sicherer Arbeitsplatz ihrer Eltern mit ausreichendem Einkommen.

Linke Politik bleibt notwendig!

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Den Hafentarbeitern ist es im Januar mit gleichzeitigen Arbeitsniederlegungen in ganz Europa und einer Demonstration am Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg zum zweiten Mal gelungen, eine Richtlinie der EU-Kommission (Port Package II) zu Fall zu bringen, mit der in Europas Häfen der "Wettbewerb gestärkt werden" sollte. Unter anderem war geplant, Reedereien zu erlauben, ihre Schiffe selbst zu be- und entladen. Das ist bisher den Unternehmen vorbehalten, die in den Häfen ansässig sind. 532 der 677 Europa-Abgeordneten stimmten am 18. Januar gegen diese Pläne der EU-Kommission, die damit zum zweiten Mal gescheitert ist, die Dienste in den Seehäfen zu "liberalisieren".

Der Schlüssel zum Erfolg der Hafentarbeiter liegt nach Einschätzung von Bernt Kamin (DKP), dem Betriebsratsvorsitzenden des Hamburger Gesamthafenbetriebs, darin, dass es ihnen und ihren Gewerkschaften "gelungen ist, über Dut-

zende von Ländergrenzen hinweg in ganz Europa politische Arbeitskämpfe zu koordinieren".

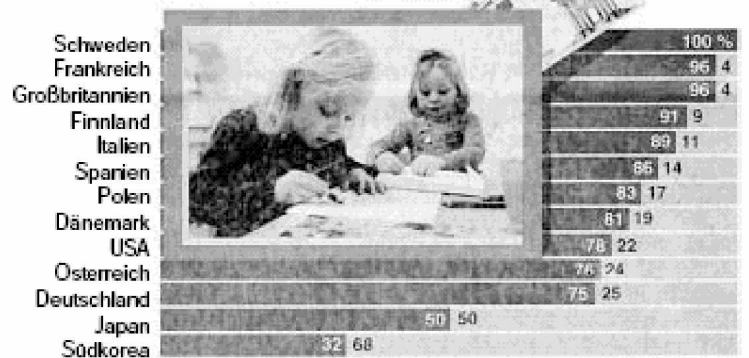
Kamin sagt: "Unsere Botschaft war: Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt - wir werden nicht zulassen, dass wir durch billige Arbeitskräfte ersetzt werden." ... an die EU-Parlamentarier gerichtet: "Besinnt Euch auf Eure Verantwortung, sonst bekommt Ihr es mit uns zu tun, den Dockern in Europa."

Unterstützung kam auch von anderen Gewerkschaften: "Der Protest der Hafentarbeiter ist ein Zeichen für ein Europa der Menschen, die sich nicht weiter dem neoliberalen Wettbewerbswahn unterwerfen wollen", so IG Metall-Bezirksleiterin Jutta Blankau. Die Hafentarbeiter wollen nicht wieder zu Tagelöhnern degradiert werden, die sie einmal waren.

("publik", Zeitung von ver.di, 24.02.2006)

Wie wird Kinderbetreuung bezahlt?

Soviel Prozent der Ausgaben für Kindergärten und Krippen werden finanziert



In den skandinavischen Ländern, in Kanada, Australien und Frankreich werden nicht nur mehr Kinder geboren als in Deutschland. Diese Länder haben auch ein höheres Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslosigkeit, eine höhere Frauenerwerbsquote. Und obendrein schneiden die dort lebenden Kinder bei Schulvergleichstests deutlich besser ab als hiesige Sprösslinge. Noch vor 20 Jahren wurde in Frankreich über die niedrige Geburtenrate debattiert. Inzwischen belegt Frankreich mit einer Geburtenrate von 1,94 Babys pro Frau einen Spitzenplatz in Europa. Allein 2005 wurden dort 807.400 Babys geboren. Die Liste der staatlichen Hilfen beschränkt sich dort nicht nur auf steuerliche Erleichterungen, wie sie hier diskutiert werden. Die Rückkehr in den Job nach der Geburt wird durch ein umfassendes Betreuungsangebot möglich. (Quelle: "blickpunkt" 422 2/2006)

...Fortsetzung von S. 1. "Reininger"

Beschäftigten in den privatisierten Betrieben erfolgt und in der Regel die Leistungen dieser Betriebe und auch die Preise dieser Betriebe sich nicht zum Vorteil für die Bevölkerung entwickeln."

★ **Verkauf von städtischen Wohnungen stoppen !!**

Gerade noch 10 % des gesamten Wohnungsbestandes sind

sozial gebunden, statt dessen verfolgen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften eine Politik der Gewinnmaximierung durch Umwidmung und Abriss von ehemals sozial gefördertem Wohnraum.

★ **Für existenzsichernde Arbeitsplätze**

Durch Privatisierung und Auslagerung trägt die Stadt aktiv zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Ausweitung des Billiglohnsektors bei. Busfahrer, Küchen- und Reinigungskräfte, Gärtner etc. verdienen danach für die gleiche Leistung oftmals 30-40 % weniger als vorher.

★ **Für eine soziale Wirtschaftspolitik**

tritt Lothar Reininger ein: "Mein Ziel ist es, für die Menschen, die in Frankfurt leben, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die an den Interessen der Menschen hier in Frankfurt orientiert ist, und NICHT daran orientiert ist, wie man den Börsenwert der 6 DAX-Werte, die in Frankfurt existieren, noch weiter fördern kann. Deswegen noch 'ne klare Aussage: Gewerbesteuerenkung ist mit Die Linke.WASG nicht zu machen."

Die DKP Frankfurt dankt Lothar Reininger für das, hier stark gekürzte, Interview!

Wir unterstützen die Kandidatur von Die Linke.WASG und rufen auf, in Frankfurt Liste 11 zu wählen.

Gespräch mit einer „Fallmanagerin“ einer südhessischen Arbeitsgemeinschaft (ARGE)

Seit Januar 2005 ist Hartz IV die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Diese Hartzgesetze – von SPD und Grünen beschlossen – von CDU/CSU und FDP im Bundesrat genehmigt – haben Millionen Menschen in große finanzielle Not gebracht. Betrug 2004 die Anzahl der Sozialhilfeempfänger noch 3 Mio. ist ihre Zahl nun – gemeinsam mit den ALG II Beziehern auf das Doppelte angestiegen. Im Gespräch mit einer „Fallmanagerin“ einer südhessischen ARGE wurde klar, dass die Lage der Hartz-Empfänger undurchsichtig wie nie zuvor ist. Der Druck auf diese Menschen nehme zu. „Unsere Aufgabe ist im Grunde nicht lösbar. Wir müssen Menschen in Arbeit bringen. Jobs hierfür sind gar nicht vorhanden. Außer 1-Euro Jobs finden die Wenigsten eine Arbeit!“ – so unsere Fallmanagerin. Die Meisten der Hartz-Empfänger fühlen sich von den neuen Bestimmungen total überfordert. „Uns sitzen Menschen gegenüber, die in Tränen ausbrechen – die nicht mehr ein noch aus wissen...“ Fragen wie: Was mache ich bei Ablehnung meines Antrages? Meine 17 jährige Tochter geht noch zur Schule – Erhält Sie ALG II? Wird die Mietkaution übernommen, wenn ich die Wohnung verlassen muss? Werden die Nebenkosten für die Mietwohnung übernommen? Für einen 3 köpfigen

Haushalt stehen maximal 60 Euro an Energiekosten zur Verfügung. Wer kommt für den Rest auf? Wer übernimmt die Beförderungskosten für unsere Kinder zur Schule? Täglich müssen diese Fragen beantwortet werden. Unsere Fallmanagerin berichtete darüber, dass in ihrer ARGE geballter Frust herrsche. Sie seien völlig überlastet. Ein „Runderlass“ jage hierbei den Anderen... Zeit für die Probleme der Hartz-Empfänger gebe es kaum noch... Das Chaos – angerichtet von SPD/ Grünen/CDU/CSU und FDP – ist bei denen, die nichts mehr haben, perfekt! Unserer Fallmanagerin ist bekannt, dass die 1-Euro Jobs die Tarifverträge unterwandern – dass sich dadurch die Lage der Sozialkassen noch mehr verschlechtern. „Zähneknirschend“ müssen wir das von uns erwartete Spiel mitmachen! „Ich persönlich hätte solche Gesetze nie eingeführt!“ Sie machen die Armen noch viel ärmer und lösen keine Probleme. Nun sollen durch die große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU gar noch 3,8 Milliarden Euro bei den Ausgaben für Hartz IV eingespart werden. Verschärfte Kontrollen und die Absenkung von Rentenbeiträgen für Langzeitarbeitslose bedrohen Millionen Menschen mit lebenslanger Armut.

Werner Bischoff



Statt **42-Stunden-**
Woche

4 Wochen UZ lesen!

Kostenlos! Sofort!

www.unsere-zeit.de

35 Jahre UZ
Zeitung der DKP

Zu dem Tarifproblem: Ich die UZ:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Alter: _____

Telefon: _____

Eindenden an:
CommPress-Verlag, Hoffmannstr. 18, 45127 Essen
Tel.: 0201-2486482, Fax: 0201-2486484

Die UZ, Wochenzeitung der DKP, kann in Frankfurt in der Bahnhofsbuchhandlung im Hauptbahnhof und auf den Aktionen gegen den Sozialabbau gekauft werden.

**Verfemt – verfolgt – geliebt - geachtet
Jude – Kommunist – Mensch – Genosse**

Peter Gingold ist 90 Jahre jung

Freund und Feind schätzen und achten Peter Gingold, der von Kind an lernen musste, sich seinen Platz in der Gesellschaft zu erstreiten.

Jude – Kommunist – Internationalist – Widerstandskämpfer – Streiter für Frieden, Freundschaft, Gerechtigkeit und eine menschliche Welt – für Sozialismus.

Seine Stärke: klare Positionen, immer Zeit zum Zuhören, seine verständliche Argumentation, das Gesagte vorleben, vor allem: sein unverwechselbarer Humor. Sie sind immer wieder Ansporn zum eigenen Engagement - vor allem für viele junge Menschen.

All diejenigen, die mit Peter jemals zu tun hatten und glücklicherweise auch immer wieder haben, werden einen Schatz von Optimismus ohne Euphorie gewinnen, der für ein ganzes Leben Kraft gibt.

Peter ist kein Alleinkämpfer. Er teilt gerne sein Wissen, seine Erfahrungen, geht keiner Frage aus dem Weg und sucht nach Wegen, gemeinsam mit vielen anderen für eine bessere, für eine menschliche Welt zu streiten.

Wir, die Mitglieder der DKP, sind glücklich, diesen Genossen, diesen Menschen in unseren Reihen zu haben.

8. März 2006 - Peter Gingold ist 90 Jahre jung

Die Geburtstagsfeier, **am 10. März, 18.00 Uhr im DGB-Haus**, ist Teil der von Gewerkschaftern organisierten und von weiteren Organisationen unterstützten Geschichts-Konferenz:

„Résistance – internationale Solidarität – sozialistischer Zukunftsentwurf“



**Peter Gingold,
geboren am 8. März 1917**

Antifaschistischer
Widerstandskämpfer und
Kommunist aus Frankfurt

Historisches im März

02.–06.03.1919 Gründung der
Kommunistischen Internationale.

08.03.1911 Erster Internationaler
Frauentag, beschlossen von der
II. Internationalen Konferenz
sozialistischer Frauen 1910 in
Kopenhagen auf Anregung durch
Clara Zetkin.

14.03.1883 Karl Marx, Begründer
des wissenschaftlichen Sozialis-
mus, in London gestorben (geb.
05.05.1818 in Trier)

20.03.1809 Philipp Becker in
Frankfurt geboren. Proletarischer
Revolutionär, Mitstreiter von Marx
und Engels

29.03.1826 Wilhelm Liebknecht in
Gießen geboren

Son&Salsa

"Tercer Mundo"

Tanz- und Musikgruppe aus Cuba

Veranstaltung der DKP zum 1. Mai

am 26.04.2006

im Bürgerhaus Mörfelden

Beginn: 20 Uhr

Vorverkauf am DKP Infostand, Ostermarsch, 17. April auf dem
Römer in Frankfurt + bei den Mitgliedern der DKP

Karten an der Abendkasse: 12 Euro

Karten im Vorverkauf :10 Euro

für Arbeitslose, Schüler, Studenten: 8 Euro

DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4

60318 Frankfurt am Main

Telefon: 069-95 51 76 04

Fax: 069-95 51 76 05

email: DKP-Frankfurt@email.de

Internet: www.dkp.de